Bezugs-Preis

für Leipzig und Vororte durch unsere Träger und Spediteure 2mal täglich ins Haus gebracht 50 Pf. monatl., 1.70 Mk. vierteljährl. Bei unsern Filialen u. Annahmestellen abgeholt 45 Pf. monatl., 1.35 Mk. vierteljährl.

Durch die Post:

innerhalb Deutschlands und der deutschen Kolonien vierteljährl. 1.60 Mk., monatl. 1.20 Mk. ausschl. Postbestellgeld. Ferner in Belgien, Dänemark, den Donaustaaten, Italien, Luxemburg, Niederlande, Norwegen, Oesterreich-Ungarn, Rußland, Schweden, Schweiz u. Spanien. In allen übrigen Staaten nur direkt durch die Geschäftsstelle des Blattes erhältlich.

Das Leipziger Tageblatt erscheint 2mal täglich, Sonn- u. Feiertags nur morgens. Abonnements-Annahme: Johannisgasse 8, bei unseren Trägern, Filialen, Spediteuren und Annahmestellen, sowie Postämtern und Briefträgern.

Einzelverkaufspreis 10 Pf.

Morgen-Ausgabe.

Leipziger Tageblatt

und

Handelszeitung.

Tel.-Anschl. { 14 692 (Nachtanschluß) 14 693 14 694

Amtsblatt des Rates und des Polizeiamtes der Stadt Leipzig.

Anzeigen-Preis

für Inserate aus Leipzig und Umgebung die 1spaltige Petitzeile 25 Pf., die Reklamezeile 1 Mk., von auswärts 30 Pf., Reklamen 1.20 Mk. Inserate von Behörden im amtlichen Teil die Petitzeile 50 Pf. Geschäftsanzeigen mit Platzvorschriften im Preise erhöht.

Rabatt nach Tarif. Beilagegebühr Gesamtauflage 5 Mk. p. Tausend exkl. Postgebühr. Teilbeilage höher.

Festerteilte Aufträge können nicht zurückgezogen werden. Für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird keine Garantie übernommen.

Anzeigen-Annahme: Johannisgasse 8, bei sämtlichen Filialen u. allen Annoncen-Expeditionen des In- und Auslandes.

Druck und Verlag von Fischer & Fürsten. Inhaber: Paul Fürsten.

Redaktion und Geschäftsstelle: Johannisgasse 8.

Haupt-Filiale Dresden: Seestraße 4, 1 (Telephon 4621).

Tel.-Anschl. { 14 692 (Nachtanschluß) 14 693 14 694

Nr. 90. Montag, den 19. Februar 1912. 106. Jahrgang.

Die vorliegende Ausgabe umfaßt 10 Seiten.

Das Wichtigste.

* Der Kaiser sandte den Hinterbliebenen des Grafen Aehrenthal ein in herzlichen Worten gehaltenes Beileidstelegramm.

* Der Reichstagspräsident und Präsident der Aeltesten der Berliner Kaufmannschaft, Johannes Kaempf, feierte gestern seinen 70. Geburtstag.

* In Serajewo kam es zu blutigen Zusammenstößen zwischen demonstrierenden Kroaten und der Polizei und Militär. (S. Letzte Dep.)

* Der Ausbruch des Generalstreiks in England ist für den 29. Februar angesetzt worden. (S. Letzte Dep.)

* Theateranzeigen siehe Seite 10.

Parteipolitik und Vaterland.

(Von unserer Dresdner Redaktion.)

* Die verflossene sächsische Parlamentswoche darf für sich in Anspruch nehmen, zu dieser für jeden besonnenen Politiker immer mehr an ernster Bedeutung gewinnenden Frage einen bemerkenswerten Beitrag geliefert zu haben.

Der Beratungsstoff an den vier Sitzungstagen dieser Woche an und für sich war nach keiner Richtung hin irgendwie geartet, eine Erörterung über dieses Thema auszulösen. Und doch geschah dies unbewußt und unbeabsichtigt, sozusagen im Handumdrehen! Zur Debatte stand außer kleineren Etatkapiteln und am Freitag noch einigen Petitionen die Festsetzung des Termins für die Stichwahl in Plauen, der anstatt am 20. am 22. Januar anberaumt worden war. Seitens der Fortschrittlichen Volkspartei war hierüber eine Interpellation an den Minister des Innern gerichtet worden, die auch eine prompte und klarstellende unzweideutige Beantwortung erfuhr.

Anders dachte aber über diesen ministeriellen Bescheid Herr Abgeordneter Dr. Zöphel, dessen Temperament und parteipolitischer Eifer ja bereits öfter Gelegenheit zu lebhaften Auseinandersetzungen in der Kammer gegeben hat. Herr Dr. Zöphel bezweifelte die bona fides des Amtshauptmannes von Plauen bei seiner Auskunft an das Ministerium über die Gründe der Terminsverlegung und insinuierte ihm, aus parteipolitischen Gründen gehandelt zu haben.

Man kann es Herrn Dr. Zöphel selbst überlassen, zu beurteilen, wie weit er mit dieser schweren Anschuldigung vor dem Forum der Oeffentlichkeit den Boden der üblichen parlamentarischen Höflichkeitsrücksichten verlassen hat. Welche unerfreulichen Folgeerscheinungen aber solche „Entgleisungen" nach sich ziehen können, hat die sich anschließende Auseinandersetzung zwischen den zwei größten bürgerlichen Parteien des Hauses deutlich gezeigt. Vergessen war plötzlich das zur Beratung stehende Thema, und blinder Parteizwist feierte seine Triumphe zur Freude des — gemeinsamen Gegners.

Abg. Dr. Böhme (Kons.) hatte in treffenden Worten die Haltlosigkeit der Zöphelschen Anschuldigungen charakterisiert und damit den Zorn des Herrn Abgeordneten Hettner erregt. Dieser erhob sich, um mit vollständig unangebrachter und gänzlich unmotivierter Schärfe den Konservativen eine Vorlesung über ihr „Verhalten" bei der letzten Präsidentenwahl im sächsischen Landtage zu halten.

Hier versagte bedauerlicherweise die zur Wahrung der Geschäftsordnung berufene Stelle. Die Debatte hatte sich plötzlich einem überhaupt nicht zur Beratung stehenden Thema zugewandt und war, bar jeder großzügigeren Gesichtspunkte, ausgeartet in flachen — Parteihader. Dafür deckte sie aber das Vorhandensein eines ganz erheblichen Zündstoffes auf, und da es nun einmal so weit gekommen war, konnte man es vielleicht gutheißen, daß er auch abbrannte. Wir hoffen, daß dies auch restlos geschehen ist.

Wohin führen aber solche Zwischenfälle, solche Reibereien, denn anders kann man es kaum bezeichnen, zwischen Parteien, die berufen sein sollen und auch wollen, in der gegenwärtigen schweren Zeit gemeinsam ein Bollwerk zu bilden gegen einen gemeinsamen Feind? Er freut sich nur und erstarkt in sich und vor der Oeffentlichkeit, dieser letztere. Und was die Vorwürfe des nationalliberalen Abgeordneten Hettner den Konservativen gegenüber anlangt, so darf man doch unmöglich dem Juristen Hettner so wenig Urteilskraft zumuten, daß er sich als Nationalliberaler der Haltlosigkeit seiner Angriffe nicht selbst bewußt gewesen wäre. Gerade die letzten Zeiten haben zur Genüge gezeigt, wohin seine Partei mit ihrem traditionell gewordenen Schwanken und Schwenken, ohne Ständigkeit und Zuverlässigkeit gekommen ist. Ist er davon aber noch nicht überzeugt, so lese er die Tagespresse der anderen Parteien. An ihrer Freude dürfte er weniger Freude empfinden.

Wie wenig motiviert aber die ganze Auseinandersetzung war, hat Abgeordneter Hettner mit erfreulicher Offenheit selbst zugegeben: „Ich dächte doch, daß die ganze Situation für die bürgerlichen Parteien so steht, daß man alle Ursache hat, den Zwist beiseite zu stellen."

Es war also vollständig überflüssig, und auch nach außen hin können derartige Erörterungen unserer Volksvertretung vor den bürgerlichen Wählern nichts weniger als förderlich sein.

Parteizwist und engherzige Parteirücksichten werden sich niemals mit der Wahrung des Gemeinwohles vertragen können. Hier kann nur eine Parole gelten: Partei oder Vaterland! Wir meinen, die Wahl sollte nicht schwer fallen. Und in dieser Beziehung können wohl beherzigenswert die Worte sein, die der frühere Präsident des Reichstages Graf Schwerin-Löwitz im Hinblick auf die Vorgänge bei der Wahl des Reichstagspräsidiums auf dem Festmahle des Deutschen Landwirtschaftsrates gebraucht hat. Er sagte u. a.: „Wohl kaum jemals ist in irgendeinem Lande mit solcher Ungeniertheit, ja man möchte fast sagen, Gewissenlosigkeit von den Parteien lediglich im Parteiinteresse der Klassenhaß und Parteihader geschürt und das Interesse der Parteien dem vaterländischen Interesse vorangestellt worden, als in diesem letzten traurigen Wahlkampf und noch soeben in diesen letzten Tagen bei der Wahl des Reichstagspräsidiums."

Der Kaiser und das Reichstagspräsidium.

Entsprechend dem üblichen Geschäftsgange ist am Sonnabendnachmittag dem Kaiser schriftlich davon Mitteilung gemacht worden, daß die Konstituierung des Präsidiums des Reichstags erfolgt ist. Daneben ist an das Hofmarschallamt die Anfrage gerichtet worden, ob und wann der Kaiser den Präsidenten Kaempf und den zweiten Vizepräsidenten Dove empfangen wolle. Die Weigerung des sozialdemokratischen Vizepräsidenten Scheidemann, sich an der Audienz beim Kaiser zu beteiligen, hat anscheinend dem Präsidium eine neue Schwierigkeit bereitet. Die öfters offiziös inspirierte „Köln. Ztg." meldet nämlich:

Die Audienz des Reichstagspräsidiums abgelehnt.

Der Kaiser hat es abgelehnt, das unvollständige Reichstagspräsidium zu empfangen. Daß der Bescheid durch das Hofmarschallamt erfolgte, beweist, daß diese Angelegenheit persönlich Sache des Kaisers ist.

Die „Voss. Ztg." schreibt zu dieser Meldung:

Diese Nachricht ist, soviel wir wissen, in dieser Fassung unrichtig. Daß der Kaiser wegen der Unvollständigkeit des Präsidiums den Empfang abgelehnt habe, ist eine willkürliche Vermutung. Der Kaiser ist gegenwärtig in Kiel, und deshalb hat das Hofmarschallamt lediglich angezeigt, daß er verhindert sei, den Besuch augenblicklich entgegenzunehmen.

Der 70. Geburtstag des Reichstagspräsidenten.

Berlin, 18. Febr.

Anläßlich des siebzigsten Geburtstages des Präsidenten der Aeltesten der Kaufmannschaft von Berlin, Johannes Kaempf, veranstaltete das Aeltestenkollegium in Verbindung mit der Finanzkommission der Korporation der Kaufmannschaft am Sonnabendabend unter starker Beteiligung der Handels- und Börsenkreise eine Festsitzung.

Stadtältester Dr. Weigert, der erste Vizepräsident des Aeltestenkollegiums, begrüßte den Jubilar mit herzlichen Worten, in denen er die Verdienste Kaempfs um die Hebung des Kaufmannsstandes und der Börse, sowie um den Ausbau der Handelspolitik hervorhob und ihm als Festgabe einen Band, enthaltend eine Auswahl der von Kaempf gehaltenen Reden und veröffentlichten Aufsätze, überreichte. Zu Ehren des Jubilars haben die Aeltesten und die Finanzkommission zwecks Erweiterung des Asylhauses der Friedrich-Wilhelm-Viktoria-Stiftung die Errichtung eines Neubaues unter der Bezeichnung „Haus Johannes Kaempf" beschlossen. Ansprachen an den Jubilar hielten ferner Kommerzienrat Moser, als Vorsitzender der Finanzkommission, Professor Dr. Binz, Rektor der Handelshochschule, Professor Dr. Apt, der Syndikus der Korporation und Geheimrat Seefeld, Vorsitzender der Prüfungskommission. Herr Kaempf dankte in einer Ansprache, in der er, Erinnerungen aus seiner Jugend humorvoll einflechtend, betonte, er habe von jedem einzelnen und von der Gesamtheit gelernt. Mit einem Hoch auf den Gefeierten schloß Dr. Weigert die Festsitzung.

Vereinigung für exakte Wirtschaftsforschung.

Berlin, 18. Februar.

Die neugegründete Vereinigung für exakte Wirtschaftsforschung hielt am Sonnabend unter dem Vorsitz des Herrenhausmitgliedes Grafen Mirbach-Sorquitten ihre erste Hauptversammlung ab. Anwesend waren etwa 100 der bekanntesten Vertreter konservativer und rechtsliberaler Politik und Wissenschaft. Graf Mirbach eröffnete die Versammlung.

Hierauf sprach Kammerherr Dr. v. Frege-Weltzien über Heimatpolitik. Er bejahte im nationalen Interesse die Frage, ob Deutschland eine gesunde Heimatpolitik treiben soll. Diese muß sich jedoch schon bei der Jugend betätigen. Ferner müssen, um die Liebe zur Heimat zu erhalten, die Garnisonen wieder in die kleinen Städte und aufs Land verlegt werden. Redner befürwortete weiter eine weitgehende Politik der Seßhaftmachung der Kleinbauern und eine kräftige innere Kolonisation. Wenn die Agitatoren und die schlechte Presse wegblieben, würde unser Arbeiterstand wieder zufrieden werden und auch wieder Liebe zur Heimat gewinnen. (Zustimmung.) — An den Vortrag schloß sich eine lebhafte Besprechung.

Ueber das Wesen der Tarifverträge sprach Geh. Baurat Schrey-Berlin: Der Tarifvertrag mag beim Handwerk durchführbar sein, bei der Großindustrie muß am vielgeschmähten Stück- und Akkordlohn festgehalten werden, der für beide Teile die vollkommenere Lohnform ist als der Zeitlohn. Er bietet dem fleißigen und intelligenten Arbeiter die beste Möglichkeit, sich seinen Leistungen entsprechend besser bezahlt zu machen, und er ist für den Unternehmer die Lohnform, nach der er selbst sein Entgelt empfängt. Jede Erneuerung der Tarifverträge bringt neue Unzufriedenheit in das Verhältnis zwischen Arbeiter und Arbeitgeber. Die Arbeiter brechen den Tarifvertrag glatt, wenn es ihnen paßt, und der Zeitpunkt des Ablaufs des Tarifvertrages wird mit Vorliebe in eine Zeit verlegt, in der es dem Unternehmer wegen der Dringlichkeit der Erledigung seiner Arbeiten weniger leicht ist, sich den Forderungen der Arbeiter zu widersetzen. Der so viel gerühmte Tarifvertrag im Buchdruckgewerbe entspringt ausschließlich der überlegenen Macht der Arbeiterorganisationen, die den Unternehmern den Vertrag diktieren. Will die deutsche Großindustrie ihre Stellung auf dem Weltmarkt behaupten, so muß ihr die nötige Ellenbogenfreiheit in der Entwicklung ihrer Arbeitsvorgänge belassen werden. (Beifall.) Auch an diese Ausführungen schloß sich eine Diskussion.

Mit einem Referat des Prof. Steinmann-Bucher über die Probleme der Bevölkerungsbewegung erreichte die Versammlung ihr Ende.

Winke für unsere wirtschaftlichen Beziehungen zu Brasilien.

—* Von einem hervorragenden Kenner südamerikanischer Wirtschaftsverhältnisse gehen uns auf Grund einer soeben beendeten Studienreise durch Brasilien und Argentinien die nachfolgenden, für Industrie und Exporthandel wichtigen Ausführungen zu:

Brasilien steht am Anfang einer Entwicklungsperiode, wie sie die Vereinigten Staaten während der letzten 4 Dezennien durchgemacht haben. Nur dürfte diese wirtschaftliche Entwicklung schneller vor sich gehen, da die alten Kulturstaaten wegen ihrer eigenen hochgespannten Entwicklung in noch stärkerem Maße durch Kapital und Arbeitskräfte zur Belebung Brasiliens beitragen werden. Die wirtschaftliche Kraft des Landes beruht vorzugsweise auf der seinen eigenen Bedarf weit übersteigenden Produktion von landwirtschaftlichen und viehzüchterischen Werten, während die Gewinnung von Mineralien noch sehr unentwickelt ist. Brasilien hat eine stark aktive Handelsbilanz, so daß die Heranziehung neuer Kapitalien in Form von Staatsanleihen für öffentliche Arbeiten oder in Form von anlagesuchendem ausländischen Privatkapital ohne alle Schwierigkeit erfolgt. Denn das Land ist erst zum kleinsten Teil erschlossen und wartet nur auf stärkere Befruchtung mit Kapital und Arbeitskraft. Den Aufschwung der Volkswirtschaft mögen folgende Zahlen kennzeichnen: Die Einfuhr stieg in den letzten 10 Jahren von 436 auf 976 Millionen, die Ausfuhr von 828 auf 1287 Millionen Mark. Die Kaufkraft für ausländische Erzeugnisse hat sich also innerhalb eines Dezenniums mehr als verdoppelt. Die industrielle Produktion, die mit der unsrigen verglichen noch ziemlich unentwickelt ist, wird doch stark unterschätzt; es dürfte überraschen, zu hören, daß der Wert der einheimischen industriellen Produktion den der ausländischen Einfuhr schon seit Jahren weit übersteigt denn einer eigenen Produktion im Werte von 1490 Mill. steht eine Einfuhr von 976 Mill. Mark gegenüber. Die Entwicklung dürfte sich in der nächsten Zeit so gestalten, daß die Ausfuhr an Erzeugnissen der Landwirtschaft noch erheblich zunimmt, daß die Gewinnung und die Ausfuhr von Mineralien allmählich weiter steigt und daß das Land in immer stärkerem Maße zur eigenen Verwertung seiner Rohprodukte übergeht.

Dieses Entwicklungsbild bietet einen deutlichen Fingerzeig für unsere Industrie und den Exporthandel. Deutschland ist an der brasilianischen Einfuhr mit 16 Proz. beteiligt, es steht an zweiter Stelle nach Großbritannien und vor den Vereinigten Staaten. England ist an der Versorgung des Landes fast mit einem Drittel beteiligt, worauf allerdings ein sehr erheblicher monopolisierter Steinkohlenexport entfällt. Der große Besitz an Eisenbahnen gibt England eine dominierende Stellung in der Lieferung von Eisenbahnmaterial jeder Art. Den größten Teil seines Einflusses verdankt aber England seiner rechtzeitigen Investierung von Kapitalien im Bankwesen und in den wichtigsten Industrien. Und in dieser Beziehung kann Deutschland von Großbritannien und neuerdings auch von Nordamerika und Belgien noch viel lernen. Der Ausbau der Eisenbahnnetze, Hafenbauten und Hafenverbesserungen, Flußregulierungen, umfangreiche Neuanlagen von Straßenbahnen, elektrische Kraft- und Lichtanlagen, Minenbetriebe und öffentliche Arbeiten aller Art lassen Brasiliens Bedarf an industriellen Erzeugnissen von Jahr zu Jahr anschwellen. Unsere Konkurrenzländer bewerben sich dabei sehr erfolgreich durch freigebige Investierung von Kapital.

Es unterliegt keinem Zweifel, daß Brasilien noch viel zu wenig von deutschen für die Ausfuhr arbeitenden Industriellen persönlich in Augenschein genommen wird. Der Bedarf an Fertigprodukten — besonders der Textilindustrie — wird geringer werden, aber der Bedarf an Zwischenprodukten, Maschinen usw. wird außerordentlich wachsen. Die Leiter großer für das Ausland arbeitender industrieller Etablissements sollten also mehr als bisher diese aussichtsreichen Absatzgebiete persönlich studieren, um einen erfolgreichen Wettbewerb mit unseren Konkurrenten in die Wege zu leiten. Die Nordamerikaner haben Brasilien durch Studienkommissionen eingehend bereisen lassen und damit viel erreicht. Es wäre daher auch die Hinaussendung tüchtiger Vertreter von deutschen industriellen Vereinigungen sehr ratsam.

Die in Brasilien sich schnell vollziehenden Veränderungen in der wirtschaftlichen Entwicklung müßten von unseren Fabrikanten und Exporteuren mit größter Aufmerksamkeit beobachtet werden, damit der deutsche Export nicht von anderen, vor allem mit Werbekapitalien arbeitenden Ländern zurückgedrängt wird, sondern seinen Anteil an der Versorgung des brasilianischen Marktes weiter steigern kann. Allerdings ist die Zurückhaltung des deutschen Kapitals der brasilianischen Volkswirtschaft gegenüber ein Faktor, der eine schnellere Ausdehnung unseres Ausfuhrhandels nach dort verhindert. Daß hierdurch auch unser handelspolitischer Einfluß in bedeutenden Grenzen gehalten wird, bedarf nicht des Beweises.

Der neue österreichische Minister des Aeußern.

Leopold Graf Berchtold von und zu Ungarschitz steht jetzt im 49. Lebensjahre. Im Jahre 1893 erfolgte seine provisorische Einstellung im Ministerium des Aeußeren. Schon im darauffolgenden Jahre wurde er nach abgelegter Diplomatenprüfung Geschäftsattaché mit dem Titel eines Legationssekretärs; unmittelbar daran schloß sich seine Versetzung an die Botschaft in Paris. Diesen Posten wechselte er 1899 mit der Botschaft in London, der er unter Verleihung des Titels Legationsrat provisorisch zugeteilt wurde; 1903 verließ er London, um seine Tätigkeit in Petersburg fortzusetzen, bis er 1905 zur Disposition gestellt wurde. Nach Verleihung des Titels und Charakters eines außerordentlichen Gesandten und bevollmächtigten Ministers im Jahre 1906, erfolgte am Schluß des gleichen Jahres seine Ernennung zum außerordentlichen Botschafter am Petersburger Hofe unter Verleihung der Würde eines Geheimen Rates. Diesen Posten hatte er inne bis zu seiner von ihm begehrten Abberufung, die nach der Annexion Bosniens und der Herzegowina stattfand. Graf Berchtold trat auch in der Folge nach Kräften für die Wiederherstellung des früheren besseren Einvernehmens zwischen Oesterreich-Ungarn und Rußland ein.

Wie Italien über den Nachfolger Aehrenthals denkt, teilt die „Tribuna" in einem Artikel mit, in dem es u. a. heißt, man könne sicher sein, daß die Politik des Grafen Berchtold ebenso wie die Aehrenthals wesentlich friedlich sein werde und von der Art, daß man glauben könnte die wiedererwachenden Sympathien, die in Oesterreich-Ungarn für Italien herrschen, würden noch zunehmen. „Giornale d'Italia" schreibt: Aehrenthal hatte uns verstanden, daß auch sein Nachfolger Italien und die Italiener verstehen werde, das ist der Wunsch, den man im Interesse des Friedens und der beiden Verbündeten hegen muß.

Deutsches Reich.

Leipzig, 19. Februar.

* **Der Verein für soziale Ausbildungskurse E. V. in Leipzig** schreibt uns:

Der Vorstand des Vereins für soziale Ausbildungskurse, E. V., hat in seiner für Sonntag schon früher anberaumten Sitzung über den in der Leipziger Presse veröffentlichten Brief des Herrn Sanitätsrats Dr. Brückner in Leipzig vom 17. Februar 1912 zu beraten gehabt, mit dem Herr Sanitätsrat Brückner seinen Austritt aus dem Verein erklärt.

Nach einer Aussprache über die politische Haltung des Herrn Dr. Junck bei den Präsidentenwahlen für den Deutschen Reichstag einigte man sich dahin, daß die Arbeit des Vereins für soziale Ausbildungskurse, der sich von vornherein fern von jeder politischen Betätigung gehalten habe, durch die Vorgänge im Reichstage nicht berührt werde. Dieser Ansicht haben sich auch diejenigen Mitglieder des Vorstandes angeschlossen, die in der Frage der Präsidentenwahlen die Meinung des Herrn Dr. Junck nicht zu teilen vermögen.

Der Verein, der am nächsten Sonntag, den 25. Februar 1912, seinen dritten sozialen Ausbildungskursus eröffnen wird, hält ebenso wie Herr Dr. Junck durchaus an dem von Anfang an verfolgten Zweck fest, die nationale Arbeiter- und Privatangestelltenbewegung durch wissenschaftliche Ausbildung hervorragender Persönlichkeiten dieser Kreise, namentlich auch im Kampfe gegen die Sozialdemokratie zu fördern und zu stärken.

J. A. des Vorstandes
des Vereins für soziale Ausbildungskurse E. V.
Dr. Raydt,
stellvertr. Vorsitzender.

*

* **Die Einbringung der Wehrvorlagen in den Bundesrat.** Wie wir hören, ist eine Ueberweisung der Wehrvorlagen zur Beschlußfassung an den Bundesrat zunächst noch nicht zu erwarten. Die gegenwärtig geführten Verhandlungen, die namentlich der Deckungsfrage gelten, sind noch in vollem Gange. Nach dem gegenwärtigen Stande der Dinge kann erwartet werden, daß die Vorlagen im März dem Bundesrat zugehen können, um dann dem Reichstag unterbreitet zu werden.

SLUB
Wir führen Wissen.